Cenî Info

Nr. 3
01.11.2011

Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

Amtsausübung als Bürgermeisterin – ein Verbrechen?!

Im Namen von 14 Bürgermeisterinnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wendet sich Ayşe Gokkan, Bürgermeisterin der Stadt Nusaybin, mit einem Brief an die europäische Institutionen und die Öffentlichkeit:

Wir sind 14 gewählte Bürgermeisterinnen der BDP im Südosten der Türkei. Jede von uns ist ihrer Region mit einer durchschnittlichen Rate von 80% der WählerInnenstimmen gewählt worden. Gleichzeitig sind wir Befürworterinnen der Frauenbewegung für die Gleichstellung der Frau stehen.

Seit dem Tag unserer Wahl werden wir von staatlichen Sicherheitskräften bedroht und überwacht. Jede Einzelne unserer Arbeit wird seitens der staatlichen Sicherheitskräfte aufgezeichnet. Als Frauen haben wir im männlich dominierten Staatssystem über die Jahrtausende hinweg immer auf der untersten Stufe gestanden. Nun bemühen wir uns darum, in den Kommunen unseren Willen zu vertreten, unser Recht auf Mitsprache und Entscheidungsteilhabe umzusetzen. Infolge unserer Bemühungen erleben wir sowohl als Frauen als auch als sehr ernste Schwierigkeiten.

Als Bürgermeisterinnen der Kommunen entwickeln wir neue Strategien und eine Stadtpolitik der Frauen. In unserer Arbeit zeigen wir auf und kritisieren, dass das menschliche Grundbedürfnis auf Wohnen durch riesige Wolkenkratzer ersetzt; das Nahrungsbedürfnis mit hormonellen Produkten sowie das Bedürfnis nach Schutz und legitimer Selbstverteidigung mit chemischen Waffen beantwortet wurden. In Mitten der Konflikte und des Krieges bemühen wir uns darum, Strategien zu entwickeln, um die Gründe für die Ausgrenzung von Frauen zu analysieren und sichtbar zu machen. Jedoch werden alle unseren Bemühungen und Arbeiten als "KCK Aktivitäten" betrachtet. Beschlüsse, die wir auf Versammlungen der Bürgermeisterinnen oder Frauenkonferenzen fassen, werden als "KCK Anordnungen" dargestellt und dazu benutzt, Strafververfahren gegen uns zu eröffnen.

Im Rahmen der Strategien unseres Modells der mehrsprachigen, multikulturellen, demokratischen kommunalen Selbstverwaltung vertreten wir demokratische, ökologische, auf der Freiheit der Geschlechter und einer partizipatorischen Wirtschaftspolitik beruhende Prinzipien. Diese sind ein Ergebnis der Konferenzen, die unsere Partei gemeinsam mit lokal gewählten DelegiertInnen aus der Bevölkerung durchgeführt hat. Vom türkischen Justizsystem wird unsere Basisdemokratie jedoch als "KCK-System" dargestellt.

Unsere Partei BDP ist mit ihrer Frauenpolitik eine Vorreiter unter den politischen Parteien in der Türkei. Diese Frauenpolitik ist eine Kraftquelle für unsere Frauenaktivistinnen, die eine einflußreiche Basisarbeit aufgebaut haben. Die Friedensaktivitäten von Frauen und die Forderungen nach friedlichen Wegen zur Lösung der kurdischen Frage werden in jeder Ansprache des türkischen Ministerpräsidenten und seiner Minister in der Presse zu "KCK Anweisungen" deklariert, um so unsere Arbeit zu terrorisieren und zu kriminalisieren. Unsere Kampagnen zum Thema „Nein zu Gewalt gegen Frauen!", Demonstrationen und Kundgebungen anläßlich des Internationalen Frauentages am 8. März, an denen wir uns entsprechend unserer Politik zur Geschlechterfreiheit beteiligen, werden von staatlichen Instanzen zu illegalen, verbotenen Aktionen erklärt. Dies sind erneute Vorwände, um gegen uns Strafverfahren einzuleiten.

Auch in den Arbeiten unserer Kommunalverwaltungen sind wir mit verschiedenen Schwierigkeiten konfrontiert. Zum Beispiel werden die Beschlüsse mehrsprachige Straßenamen einzuführen, die von unseren Stadträten mit Zustimmung der StraßenbewohnerInnen getroffen wurden, in der Presse als Separatismus diffamiert und von Amtsgerichten annulliert. Sogar unsere Unterstützung für Veranstaltungen, die von der lokalen Bevölkerung gegen den Bau von Staudämmen durchgeführt werden, ist Gegenstand von Gerichtsverfahren.

Auch Frauenfestivals und kulturellen Veranstaltungen, die wir unserer mehrsprachigen und multikulturellen Kommunalpolitik entsprechend organisieren, werden durch die Polizei „aus Sicherheitsgründen" aufgezeichnet. Die teilnehmenden KünstlerInnen werden wegen Liedern, die gesungen haben oder aufgrund einer Rede kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt.
Gegen jede von uns laufen Dutzende von Gerichtsverfahren, in denen jeweils Dutzende Jahre von Gefängnisstrafen drohen. Gegenstände der Verfahren sind Schilder und Banner mit den Buchstaben X, W, Q, die wir als Stadtverwaltung an historischen Stätten angebracht haben, der Gebrauch unserer Muttersprache bei Wahlveranstaltungen und Dienstleistungen. Sogar gemeinsame Friedhofsbesuche mit der Bevölkerung werden zu Verfahrensgegenständen gemacht.

Derzeit sind zwei unserer Bürgermeisterinnen (Leyla Güven – Bürgermeisterin von Viranşehir und Çağlar Demirel – Bürgermeisterin von Derik) in Haft. Unsere Bürgermeisterin der Kommune Yüksekova, Rûken Yetişkin, wurde ihres Amts enthoben. Unzählige Stadträte sind verhaftet. Als gewählte BürgermeisterInnen, als Mitglieder von Bezirks- und Stadträten stehen unser tägliches Leben und unsere tägliche Arbeit unter vollständiger Überwachung und werden durch Repressionen bedroht.

Als 14 Bürgermeisterinnen der BDP, die im Rahmen des sogenannten „KCK Verfahren" verhaftet wurden, bzw. in jedem Moment verhaftet werden können, haben wir versucht, Ihnen kurz darzulegen, aufgrund welcher Aktivitäten, diese Verhaftungen stattfinden. Überall auf der Welt wird heute für die These der dezentralen Verwaltung plädiert. Auch wir stimmen dieser These zu und verteidigen sie. Weil wir dieses Arbeitsmodell vertreten und praktizieren, werden wir in den Akten des„ KCK Verfahrens" erfasst und beschuldigt KCK-Mitglieder zu sein. Anhand der geschilderten Fälle unserer inhaftierten Kolleginnen möchten wir Sie auf das laufende Verfahren aufmerksam machen.

Wir hoffen auf ihre Unterstützung und bedanken uns für ihre Mühe im Voraus.

Im Namen der 14 Bürgermeisterinnen der BDP
Ayşe Gokkan
Bürgermeisterin der Stadt Nusaybin

Kurznachrichten:

Massaker mit chemischen Waffen

Seit dem 17. August 2011 wird Süd-Kurdistan permanent durch türkische Kampfflugzeuge bombardiert. Bei einem dieser Luftangriffe am 10. September 2011 verloren in Xakurke 7 GuerillakämpferInnen ihr Leben. Daraufhin führten Einheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) eine breit angelegte Aktion gegen Stellungen der türkischen Armee in der Region Hakkari/ Çele durch. Bei dieser Aktion verloren laut einer Erklärung der HPG annähernd 100 Soldaten ihr Leben.

Während der türkische Präsident Gül „große Rache und Vergeltung" androhte, ließ die türkische Armee den Worten Taten folgen: Bei einer vom türkischen Generalstabchef Necdet Özel selbst geleiteten Operation wurden chemische Waffen und Napalmbomben eingesetzt. Bei diesem völkerrechtswidrigen Massaker verloren 36 HPG-KämpferInnen - davon 15 Frauen – ihr Leben. Die Leichname der getöteten Guerillakämpfer wurden ins gerichtsmedizinische Institut in Malatya gebracht worden. Die Co-Vizevorsitzender der BDP, Rechtsanwältin Meral Danış Beştaş, erklärte, dass bei den Leichnamen keine Schusswunden festzustellen seien. Es sei eindeutig, dass chemische Waffen eingesetzt wurden. Der Erklärung von Beştaş zufolge sind die Leichname zerstückelt. Sie seien mit einem unmenschlichen Bild konfrontiert worden. Beştaş kritisierte außerdem, dass sich die türkischen Medien trotz der Aussagen bezüglich dem Einsatz von chemischen Waffen in dieser Sache in Schweigen hüllen. Dies würde die Befürchtungen bekräftigen..

Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan hatte vor einigen Tagen bei einer selbst einberufenen Versammlung mit Medienvertretern eine "geschlossene nationale Linie" bei der Berichterstattung verlangt. Die Familien der in Çukurca getöteten GuerillakämpferInnen sind für die Identifizierung der Leichname nach Malatya gefahren. Jedoch konnten sie größtenteils nicht identifiziert werden, da sie zerstückelt und vollkommen ver-

Aufruf zur Demonstration

Stoppt den Feminizid! Gemeinsam für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung!

Aufruf zur Demonstration anlässlich des Internationalen Tags gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen

am 19.11.2011 - Beginn: 13:30 Uhr – Ebertplatz, Köln

Am 25. November 1960 wurden die Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabel in der Dominikanischen Republik durch Geheimdienstmitarbeiter vergewaltigt und ermordet. Im Gedenken an die drei Schwestern, die entschlossen gegen die Diktatur in ihrem Land Widerstand geleistet und für die Rechte von Frauen gekämpft hatten, erklärten Frauenbewegungen den 25.11. zum „Internationalen Tag gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen". Jedoch dauert die Gewalt gegen Frauen unvermindert an, und genauso wie die Schwestern Mirabel kämpfen auch heute Frauen weiterhin in allen Teilen der Welt um ein Leben in Würde und Freiheit.

Die geschlechtspezifische Gewalt gegen Frauen ist grenzen-, klassen-, nationen- und religionsübergreifend und ihre Auswirkungen sind tödlich. Seit mehr als 5000 Jahren wird weltweit ein regelrechter Krieg gegen Frauen geführt, der in seiner Dauer und seinem zerstörerischen Ausmaß alle „offiziellen" Kriege übertrifft. Im Kapitalismus wurde der Feminizid unter dem Schein angeblicher „individueller Freiheiten" verschleiert und perfektioniert. Weltweit sterben mehr Frauen im Alter zwischen 14 und 44 Jahren durch Männergewalt als durch Unfälle, Krankheiten oder Kriege. Dabei werden 70 % aller ermordeten Frauen durch ihre Partner, bzw. Ex-Partner ermordet.

Einige Fakten dieses unbenannten Krieges, der auch als Feminizid bezeichnet werden kann:

- Jede dritte Frau wird in ihrem Leben einmal vergewaltigt, geschlagen, oder auf andere Weise misshandelt.
- Weltweit wurden schätzungsweise 130 Millionen Frauen genital verstümmelt. Jedes Jahr erleiden weitere 2 Millionen Frauen dieses Schicksal.
- Mehr als 60 Millionen Frauen „fehlen" auf der Welt als Folge von geschlechtsselektiven Abtreibungen und Mädchenmorden.
- Jährlich werden schätzungsweise 5.000 Frauen im Namen der „Ehre" ermordet.
- 4 Millionen Frauen und Mädchen werden weltweit jährlich zum Zweck der Heirat, Prostitution oder Sklaverei verkauft.
- Vergewaltigung wird in allen Kriegen systematisch als Waffe eingesetzt. Vergewaltigung geht mit Ausbeutung, Vereinnahmung, Beschlagnahmung, Fremdbestimmung und Kolonialisierung auf der Grundlage sexistischer und militaristischer Ideologien einher.

Ziel aller dieser Formen von Gewalt gegen Frauen ist, unseren Freiheitswillen zu brechen und uns zum Schweigen zu bringen. Doch wir wehren uns laut und deutlich!
Deshalb arbeiten wir als Frauen daran, unsere Organisierung, den Kampf und die Solidarität international weiter zu stärken!

Deshalb initiierte die kurdische Frauenbewegung die Kampagne „Stoppt den Feminizid!", denn die Frauenbefreiung ist das Fundament der gesellschaftlichen Befreiung und des Aufbaus der Demokratischen Autonomie, der sich derzeit trotz pausenlosen Bombenangriffen, Giftgaseinsatz, Militäroperationen und Massenverhaftungen in Kurdistan vollzieht!

Deshalb organisieren Frauen den Widerstand gegen imperialistische Kriege, autoritäre Regime und Besatzung!

Deshalb wehren sich Frauen, wie die Triumph-Arbeiterinnen auf den Philippinen gegen illegale Entlassungen und verteidigen mit Streiks und Fabrikbesetzungen ihre Arbeitsplätze!

Deshalb sind in diesen Tagen Frauen im Widerstand gegen das kapitalistische System an aller Orten der Welt auf der Straße und sagen: „Occupy Wall Street – Besetzt die Zentren der Macht!"

Wir wollen eine Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg, in der Frauen ihr Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben verwirklichen können!

Gegen Sexismus, Rassismus und das Kapital kämpfen Frauen international!
Kurdisches Frauenbüro für Frieden – Ceni e.V.
Kurdische Fraueninitiativen und Frauenräte in NRW

Unterstützerinnen: frauen streiken (Düsseldorf); LAG Lesben in NRW; Redaktion WIR FRAUEN; Landesarbeitsgemeinschaft Migration, Integration, Antirassismus der Partei DIE LINKE NRW; Hamide Akbayir MdL Fraktion DIE LINKE NRW; Monika Schierenberg (ecomujer); YXK

brannt sind. Die Leichname sollen von türkischen Soldaten geschändet worden sein. Bei 2 Leichnamen fehlt der Schädel. Viele Familienangehörige brachen beim Versuch, die Leichname zu identifizieren, aufgrund des grausigen Anblicks zusammen. MitarbeiterInnen des Menschenrechtsvereins IHD in Hakkari sicherten Spuren am Ort des Massakers. Menschenrechtsorganisationen zufolge hat das türkische Militär bei seinem Krieg in Kurdistan bisher 46. Mal chemische Waffen genutzt. Bei diesen Einsätzen wurden insgesamt 437 Menschen getötet.

Strafanzeige gegen Erdogan & Co

Am 1. November 2011 erklärten die Anwälte Britta Eder und Dr. Heinz-Jürgen Schneider auf einer Pressekonferenz des Menschenrechtsvereins MAF-DAD in Berlin, dass sie bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im Namen von Angehörigen der Opfer von Kriegsverbrechen Strafanzeige gegen den türkischen Premierminister, sowie Generalstabchefs und Verteidigungsminister der letzten 9 Jahre Strafanzeige erstattet haben.
Angezeigt wurden 10 exemplarische „Fälle" vom Kriegsvölkerrecht geächteter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in der Zeit zwischen 2003 und heute durch das türkische Militär verübt wurden.

Cenî Info
erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715

CENÎ Jahreshauptversammlung

Am 16. Oktober 2011 verwirklichte das Kurdische Frauenbüro für Frieden" – CENÎ e.V. seine diesjährige Jahreshauptversammlung und legte seine Ziele und Arbeitsplanung für das kommende Jahr fest. Im Schatten der Nachrichten über Bombenangriffe und den sich zuspitzenden Krieg in Kurdistan diskutierten die Versammlungsteilnehmerinnen über effektive Wege der Friedenspolitik von Frauen in Europa. Neben den Mitarbeiterinnen der Kommission der Friedensmütter beteiligten sich vor allem junge Frauen aus verschiedenen Bundesländern aktiv an den Diskussionen auf der Jahreshauptversammlung.

Nach der Verlesung des Jahresberichts diskutierten die Frauen über Lösungsstrategien. Insbesondere die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit und einer besseren überregionalen Vernetzung unter den Mitgliedsfrauen wurden angesprochen. Desweiteren müsse der neue Vorstand die bisherigen Kontakte pflegen und ausweiten. Unter anderem wurden folgende Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr durch die Versammlungsteilnehmerinnen beschlossen:

- Aufbau von Frauenplattformen und Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage und für die Freiheit von Abdullah Öcalan
- Vernetzung verschiedener Kampagnen gegen Gewalt gegen Frauen mit dem Ziel den Feminizid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen und zu stoppen
- Unterstützung der Kampagne zur Anerkennung der Kurdischen Identität in Deutschland
- Organisation des 8. Zilan-Frauenfestivals
- Organisation von Frauendelegationen nach Kurdistan, z.B. anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März

Hamide Akbayir